3. Ist § 9 Abs. 1 des Gesetzes zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes vom 27. Mai 1896 (R.G.Bl. S. 145) auf den Fall anwendbar, wo der Angestellte oder Arbeiter zum Zwecke des eigenen Wettbewerbes das Geschäfts- oder Betriebsgeheimnis Anderen mitteilt?

I. Straffenat. Urtr. v. 7. Dezember 1899 g. M. u. Gen. Rep. 4044/99.

I. Landgericht Elberfeld.

Gründe:

Während der Angeklagte beim Fabrikanten A. in Arbeit stand, hat er von diesem einen zum Aufbewahren von Bohrern bestimmten Kasten zum Lackieren erhalten; er hat einen ähnlichen Kasten angefertigt und dem Bohrschmied F. angeboten. Die Anklage hat ihm

zur Last gelegt, dadurch sich eines nach § 9 Abs. 1 des Gesetzes vom 27. Mai 1896 strafbaren unlauteren Wettbewerbes schuldig gemacht zu haben, weil der Kasten ein Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis R.'s gewesen sei. Die Strafkammer hat jedoch, ohne die übrigen Thatbestandsmerkmale dieses Vergehens zu erörtern, aus dem Grunde den Angeklagten freigesprochen, weil F. nicht Blechkastenfabrikant, sondern Bohrschmied und darum nicht Produzent, sondern Konsument sei. Der Angeklagte habe auch den Kasten dem F. nicht angeboten, damit dieser mit ihm dem R. Konkurrenz mache, vielmehr habe er selbst diese Konkurrenz machen wollen, und das sei nicht verboten.

Diese Begründung der Freisprechung wird von der Staatsanwaltschaft mit Recht als irrig angefochten.

Beim Mangel ausreichender tatsächlicher Unterlagen läßt sich nicht erkennen, ob die Strafkammer ohne Rechtsirrtum aus der Thatfache, daß F. Bohrschmied ist, den Schluß gezogen hat, er habe mit dem Kasten nicht R. Konkurrenz machen wollen, auch nicht nach der Absicht des Angeklagten machen sollen. Wird unterstellt, daß F. den Kasten nur für den eigenen Gebrauch angeschafft hat, so ist die Annahme unbedenklich. Sie ist aber zu beanstanden, wenn F. den Kasten als Verpackung für die von ihm angefertigten Bohrer verwenden und mit ihnen verkaufen wollte. Es würde dann noch der näheren Erörterung bedürfen, ob nicht durch den Verkauf der Bohrer in solchen Kästen deren Käufer, im gegebenen Falle also F., abgehalten werde, einen gleichen Kasten aus dem Geschäft des R. zu beziehen, und darum diesem dadurch Konkurrenz gemacht wird. Jedenfalls ist es unrichtig, den § 9 Abs. 1 so auszulegen, daß durch ihn nur der Verrat von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen an solche Personen untersagt ist, die selbst mit dem Inhaber des Geheimnisses in Wettbewerb treten wollen, und daß ein unlauterer Wettbewerb des Arbeiters gegen den Arbeitgeber im Sinne des § 9 Abs. 1 nicht mit Strafe bedroht ist.

Nichtig ist, daß für die gewerblichen Gehilfen und Arbeiter nicht, wie nach Artt. 56 u. 59 S.O.B.'s für Handlungsgehilfen und Bevollmächtigte, ein allgemeines Verbot besteht, mit dem Arbeitgeber in Wettbewerb zu treten und dessen Gewerbe für eigene Rechnung zu betreiben. Aber die Strafkammer verkennet, daß, wenn der Wettbewerb erlaubt ist, darum nicht auch der unlautere Wettbewerb es sein muß. Alle Verbote des Gesetzes vom 27. Mai 1896 verfolgen gleichmäßig

den Zweck, zu verhindern, daß die Erwerbsthätigkeit des Einen vor der konkurrierenden des Anderen durch unlautere Mittel den Vorrang erreicht. Darum muß, sofern nicht das Gesetz selbst eine bestimmte Schranke zieht, jede Auslegung abgelehnt werden, die einen Wettbewerb für zulässig erscheinen läßt, der nach dem übrigen Inhalte des Gesetzes als unlauterer sich darstellt. Die Worte des § 9 Abs. 1: „wer . . . unbefugt an Andere zu Zwecken des Wettbewerbes . . . mitteilt“, geben nun nicht Anhalt für die von der Strafkammer angenommene einschränkende Auslegung. Sie lassen zunächst keinen Zweifel darüber, daß das Gesetz den Verrat von Geschäftsgeheimnissen zum Zwecke des Wettbewerbes als unzulässiges Mittel für diesen ansieht. Der Wettbewerb kann so gut vom Arbeiter ausgehen, der das Gewerbe des Arbeitgebers zugleich für eigene Rechnung betreibt, wie von Dritten. Der Arbeiter kann endlich, um bei diesem Wettbewerbe Erfolg zu haben, Gegenstände anfertigen und seinen Abnehmern liefern, die bis dahin ein Geheimnis seines Arbeitgebers waren. Er teilt damit dieses Geheimnis den Anderen gegen den Willen seines Arbeitgebers mit, und zwar zum Zwecke des von ihm selbst betriebenen Wettbewerbes, in der Erwartung, daß die Neuheit des Gegenstandes zu einem für ihn vorteilhaften, den Betrieb des Arbeitgebers schädigenden Absatz führen werde. Hiernach besteht ein rechtliches Hindernis nicht für die Annahme, daß der Arbeiter mit seinem Arbeitgeber in einen nach § 9 Abs. 1 strafbaren unlauteren Wettbewerb tritt. Von der gleichen Auffassung gehen auch die Motive zu dem Entwurfe des Gesetzes, betreffend den unlauteren Wettbewerb, aus.

Vgl. Drucksachen des Reichstages 1895/96 Nr. 35 S. 25.

Das angefochtene Urteil war hiernach aufzuheben.

Antrag des Oberreichsanwaltes gleichlautend.